

ist durchaus richtig, wenn der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, Fritz Lange, erklärt: „Tiger, Wölfe und Hyänen sind ein gefährliches Raubzeug, aber Wühlmäuse und Ratten, Wanzen und Motten sind mitunter noch schädlicher in Anbetracht ihrer scheinbaren Winzigkeit“²⁾. Da werden von den verschiedensten Baufirmen aus Brandenburg Baustoffe nach Westberlin verschoben und mit den Materialien Luxusläden ausgebaut, mit denen zerbombte Wohnungen in Potsdam wiederhergestellt werden sollten. Da gehen Dampfmaschinen zu Bruch. Kartoffeln verfaulen tonnenweise. Maschinen werden über die „grüne Grenze“ gebracht, und der Eigentümer folgt ihnen sehr bald. Da stellen die Insassen eines Invalidenheims bei Jena fest, daß sich außerhalb ihres Heimes die Zuteilungen verbessern, nur bei ihnen nicht. Eine Kontrolle ergibt, daß der Leiter und seine Ehefrau große Mengen von Lebensmitteln unterschlagen hatten. In Apolda wird bewußt ranzige Butter an die Bevölkerung ausgegeben. In Zella-Mehlis wird ausgerechnet zum 1. September das Fleisch knapp. In Diemitz (Sachsen-Anhalt) lagern 400 000 Eier in Kisten verpackt, da es angeblich an Laderaum fehlte.

Das sind einige wenige Beispiele, die zeigen, wie groß die Gefahr gerade auch bei diesen sog. „kleineren“ Delikten ist. Es ist daher an der Zeit, daß man die Menschen nicht nur nach ihrem Mund, sondern auch nach ihren Händen beurteilt, die sehr oft etwas anderes tun als das, was der Mund spricht. Wir müssen vor allem erkennen lernen, daß die politische Reaktion und das Verbrechen eng miteinander verfilzt sind. Tagtäglich können wir feststellen, daß die reaktionäre Justiz Westberlins und die ehemaligen Nazirichter in Westdeutschland, die dort immer noch in Amt und Würden sitzen, den korrupten Verbrechern und Saboteuren, denen in der Deutschen Demokratischen Republik der Boden unter den Füßen zu heiß wird, Hilfe und Unterschulz gewähren. Hier tut sich besonders die sog. Vereinigung freier Juristen in Westberlin hervor. Die Tätigkeit dieser davongelaufenen Verbrecher muß entlarvt werden. Es ist in der Tat so, daß jeder Brandstifter, jeder Dieb am Volkseigentum, jeder Schieber und Saboteur nur zu erklären braucht, er sei aus „politischen“ Gründen

2) Zitiert in „Neues Deutschland“ vom 18. September 1950.

nach Westberlin geflohen, um dort mit offenen Armen empfangen zu werden. Die Reaktion weiß ihre „Helden“ zu schützen.

Aus diesem Grunde ist auch das große Wehgeschrei der Westberliner Hetzpresse zu verstehen, das anhub, als das Oberste Gericht den sog. „Zeugen Jehovas“ den Prozeß gemacht und harte Urteile gegen diese Spione ausgesprochen hatte. Unter dem Deckmantel religiöser Betätigung versuchten diese Agenten bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als stünden sie jeder politischen Tätigkeit fern. Die auf gefundenen Dokumente jedoch beweisen, daß die Sekte für eine amerikanische Spionageorganisation arbeitet, deren Zentrale in Brooklyn sitzt und deren Präsident der Amerikaner Knorr ist. Die Mitglieder dieser Sekte in der Deutschen Demokratischen Republik erhielten ihre Anweisungen von dem „Zweigdiener“ Frost, dem Beauftragten der amerikanischen Zentrale in Deutschland. In einem solchen Schreiben heißt es:

„Lieber Bruder! Bruder Knorr erwartet regelmäßige Beiträge aus Deutschland, die von Interesse und voll Spannung sind. Diese zu liefern, erfordert gute Beobachtungsgabe und eine beständige Wachsamkeit über die Geschehnisse unserer Tage und in unserem Lande. Die Themen oder Beiträge, wie sie gewünscht werden, können Politik, Geografie betreffen, in der Tat alle Themen. Es gibt immer etwas, was sich in unserem Lande ereignet, das von weltweiter Bedeutung ist. Außerdem gilt es, plötzliche Vorkommen, wie politische Aufstände, Wahlen, religiöse Störungen oder Verwirrungen, Auseinandersetzungen, Katastrophen, Flugzeuge und Fliegerei, Berge und Landschaften, Oppositionen und anderes festzuhalten. Brooklyn hat großes Interesse an Deutschland. Das ist begreiflich, überlege, welchen großen Wert gute Berichte aus unserem Lande haben. Es wird Dir einleuchten, daß besonderes Interesse auf die Beobachtung der Manöver gelegt wird.“

Eindeutiger konnten die Spionageaufgaben nicht umrissen werden, Aufgaben, die nicht das Geringste mit religiöser Betätigung zu tun haben.

Alle diese Beispiele zeigen, daß die Auftraggeber all derer, die hier als Agenten, Saboteure und Spione tätig sind, alles daransetzen, um das zu vernichten, was sich die werktätige Bevölkerung, an ihrer Spitze die Aktivisten, gemeinsam in mühevoller Arbeit geschaffen hat, um die demokratischen Kräfte zu spalten, um einen Krieg anzuzetteln. Das deutsche Volk wird ihnen das Handwerk legen. Der demokratischen Justiz fällt dabei eine große und verantwortungsvolle Aufgabe zu.

Wiederaufstehen der nazistischen Betriebsgemeinschaften in Westdeutschland

Von Dr. Werner Artzt, Berlin

In der Zeitschrift „Der Betriebs-Berater“ (Verlagsgesellschaft „Recht und Wissenschaft“ m. b. H., Heidelberg) wird der wesentliche Inhalt eines Urteils des Landesarbeitsgerichts München vom 21. März 1950 (I 601—602/49 — Amtsbl. ArbMin. 1950 S. 243) mitgeteilt, das sich zum Problem der Tariffähigkeit äußert. Die Ausführungen des Urteils interessieren besonders, soweit sie zum Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Stellung nehmen.

Hierzu heißt es:

„Die Arbeitsverfassung vor 1933 beruhte auf dem Gedanken des Klassenkampfes, den die damals anerkannten Gewerkschaften weitgehend vertraten. Infolgedessen wurde die Frage der Tariffähigkeit der nicht zum Bereich der sog. anerkannten Gewerkschaften gehörenden sonstigen Arbeiterverbände im Schutz der Koalitionsfreiheit mit dem Hintergrund des Klassenkampfes betrachtet. Da die Weimarer Verfassung aber nicht die Verfassung eines Klassenstaates war, konnte die in ihr geschützte Koalitionsfreiheit nicht dem Klassenkampfgedanken untergeordnet werden. Es war also damals richtig, daß das RAG die Organisationsfreiheit zur Bildung anderer Arbeiterverbände und deren Tariffähigkeit grundsätzlich anerkannte. Das gleiche galt auch für die Verbände der Arbeitgeber. Das Ergebnis war ein buntscheckiges Organisationsbild fachlicher, gemischtfachlicher, zentraler, regionaler und örtlicher Organisationen, die alle zum Tarifabschluß zugelassen waren und die zu der

unheilvollen Zersplitterung und Zersetzung der damaligen Lohn- und Tarifpolitik führten.

Heute ist der Klassenkampfgedanke in den politisch neutralen, unsere Verfassung bejahenden Einheitsgewerkschaften beiseite gelegt. An Stelle der früheren „sozialen Gegenspieler“ sind die „Sozialpartner“ getreten. Dieser Wandel hängt aber entscheidend von der Erhaltung und Sicherung des derzeitigen Organisationsaufbaus der Sozialpartner ab. Aus den heutigen, den Sozialpartnern gestellten gemeinsamen Aufgaben ergibt sich, daß die Sozialpartner allein in den Fachberufsorganisationen gebildet und legitimiert sind. Die kollektiv korporative Arbeitsnormenregelung in Fachtarifen ist die eigentlich gestellte Aufgabe für eine Zusammenarbeit der Sozialpartner auf dem Teilgebiet des Soziallebens.“

Was bedeuten „politisch-neutrale Einheitsgewerkschaften“, die an Stelle der früheren „sozialen Gegenspieler“ als „Sozialpartner“ getreten sind? Sie bedeuten nicht nur die Verneinung des Klassenkampfes durch die führenden Funktionäre dieser „Gewerkschaften“ mit ihrer versöhnlichen Haltung gegenüber dem Unternehmertum, sondern auch die Stärkung der Positionen der „Arbeitgeber“ im Klassenkampf, der nun einmal nicht eine Erfindung von Karl Marx, sondern eine auch von bürgerlichen Wissenschaftlern nicht wegzuleugnende gesetzmäßige Erscheinung im Kapitalismus ist. Neben der Verneinung des politischen Kampfes bedeuten sie darüber hinaus auch die Lahmlegung des